

## Viel Taktik prägt die Rentenreform

### Kommission des Nationalrats schafft vor allem bei der AHV gewichtige Differenzen zum Ständerat

Während im Ständerat Mitte-Links der Rentenreform ihren Stempel aufgedrückt hat, sind es FDP und SVP in den Vorberatungen der grossen Kammer. Damit schaffen sie Verhandlungsmasse für die Differenzbereinigung.



Künftige Generationen müssen sich auf ein höheres Rentenalter einstellen. (Gaëtan Bally / Keystone)

*Christof Forster. Bern*

Die Ausgangslage für die Bürgerlichen einige Wochen vor der Abstimmung über die «AHVplus»-Initiative der Gewerkschaften war delikant. Sie befürworten grundsätzlich ein höheres Rentenalter zur Sanierung der 1. und 2. Säule, lieferten damit aber auch den Anhängern der Initiative einen argumentativen Steilpass. FDP und SVP blieben ihren Positionen treu und verhalfen so dem Rentenalter 67 – abgefedert durch ein zweistufiges Verfahren – zu einer knappen Mehrheit in der Sozial- und Gesundheitskommission (SGK) des Nationalrats (vgl. Artikel auf Frontseite).

Dies taten sie im Wissen darum, dass ein solcher Interventionsmechanismus im Ständerat kaum Chancen hat. Denn neben inhaltlichen haben auch taktische Gründe eine Rolle gespielt. Im Ständerat prägten SP und CVP die Rentenreform, was zu einer allgemeinen AHV-Rentenerhöhung von monatlich 70 Franken und zur Aufstockung der plafonierten Ehepaarrente führte. Beide Beschlüsse kippte die Kommission aus der Vorlage. Um genügend Verhandlungsmasse für die Endausmarchung zu haben, wollen FDP und SVP im Nationalrat gewichtige Differenzen zur Fassung des Ständerats schaffen. So ist ein Szenario möglich, in dem der Nationalrat bei der Bereinigung der Vorlage auf das Rentenalter 67 verzichtet, falls der Ständerat im Gegenzug die 70 Franken fallenlässt. Ebenso aus taktischem Kalkül schreien nun Gewerkschaften und Linke laut und unisono «Rentenmassaker». Sie wollen damit Stimmung machen für ihre AHV-Initiative.

Basis der Beratungen der Kommission war die Fassung des Ständerats. Die Ausgaben in der AHV (per 2030) liegen dabei rund 2 Milliarden unter dem Ständerat. Neben dem Verzicht auf die 70 Franken sieht die SGK zum Teil auch neue Einsparungen vor.

Dies sind die wichtigsten Entscheide der Kommission im Überblick:

- **Frauenrentenalter 65:** Es wird über vier Jahre verteilt um ein Jahr erhöht, was die AHV um 1,2 Milliarden Franken entlastet.

- **Ausgleich Lohndifferenz:** Die Renten der Frauen sollen um einen Zuschlag erhöht werden, welcher der nicht erklärbaren Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen entspricht (derzeit laut Bund rund 9 Prozent). Davon profitieren vor allem Frauen mit tiefen Einkommen, welche die Maximalrente nicht erreichen. Der Ausgleich, den die Kommission neu in die Vorlage aufnimmt, kostet 260 Millionen Franken und wurde nur knapp angenommen.

- **Hinterlassenenrenten:** Witwen und Witwer sollen nur noch dann eine Rente erhalten, wenn sie Kinder unter 18 Jahren (bei Ausbildung 25 Jahre) oder ein pflegebedürftiges Kind betreuen. Anders als der Ständerat folgt die Kommission hier dem Bundesrat, was Einsparungen von 410 Millionen bringt. Bestehende Renten werden nicht tangiert.

- **Kinderrenten:** Eine Sparmöglichkeit ortet die SGK bei den zur AHV-Altersrente ausgerichteten Kinderrenten. Davon profitierten vor allem gut situierte Männer, die auf eine Unterstützung nicht angewiesen seien. Für Härtefälle gibt es Ausnahmen. Das Sparpotenzial liegt bei 200 Millionen Franken.

- **Zusatzfinanzierung:** Die Kommission will die Mehrwertsteuer zunächst nur um 0,6 Prozentpunkte erhöhen, was Mehreinnahmen von 2,1 Milliarden entspricht. Der Ständerat beschloss 1 Prozentpunkt. Die geringere Erhöhung erhöht den Druck für weitere Massnahmen. Die Kommission sei sich bewusst, dass spätestens im Jahr 2028 eine neue Reform nötig sei, sagte SGK-Vizepräsident Thomas de Courten (svp, Basel-Landschaft).

Was die Kommission nach 55 Stunden Beratungszeit präsentierte, bezeichnete deren Präsident Ignazio Cassis (fdp., Tessin) als Zwischenergebnis. Die Reform sei noch nicht reif. Davon zeugten die vielen knappen Entscheide und zahlreichen Enthaltungen in der Schlussabstimmung.

© Neue Zürcher Zeitung AG - Alle Rechte vorbehalten